Föderationssteuergesetz

Beitrag von „Attila Saxburger“ vom 11. Februar 2018, 12:45

Herr Präsident, werte Mitglieder des Hohen Hauses, ich begrüße es, dass die Förderationsregierung endlich versucht, das Steuersystem der Föderation auf eine gute gesetzliche Grundlage zu stellen. Der Gesetzentwurf findet in weiten Teilen auch meine Zustimmung. Einige wenige Kritikpunkte, verbunden mit Änderungswünschen hätte ich jedoch vorzubringen.

Die in § 4 Absatz 1 festzuschreibenden Einkommensteuersätze erscheinen auch mir zu hoch. Dies vor allem unter Berücksichtigung der Steuern, welche die Länder erheben können. Und ich sehe keine Möglichkeit, den Ländern dieses Recht streitig zu machen. Dagegen steht Artikel 47 Punkt 5 der Föderationsverfassung. Und auch der hier ins Gespräch gebrachte staatsvertragliche Verzicht der Länder auf ihre Steuerhoheit ist keine Lösung. Für die Republik Schwion kann ich Ihnen schon jetzt versichern, dass diese einen solchen Staatsvertrag keinesfalls abschließen wird.

§ 4 Absatz 5 verstößt meiner Auffassung nach gegen Artikel 3 der Föderationsverfassung nach welchem alle Bürger der Föderation vor dem Gesetz gleich sind. Ich sehe keinem Grund, warum man innerhalb der Föderation irgendwelche länderspezifischen Unterschiede bei der Einkommensbesteuerung machen sollte und, so jedenfalls der Text des Gesetzentwurfs, die Bürger in Ascaaron und San Bernardo höher besteuern will als die restlichen Bürger der Föderation. Meine Empfehlung daher: Streichen Sie Absatz 5 komplett.

In § 5 Körperschaftssteuer fehlt eine Definition des Gewinnbegriffs. Wenn dies der Absatz 2 sein soll, fehlt dort in den abziehbaren Aufwendungen die Betriebsausgaben der wirtschaftlichen Körperschaften, wie z.B eingekauftes Material oder sonstige betriebsnotwendige Aufwendungen.

Der von Herrn Henriksson unterbreitete geänderte § 6 Umsatzsteuer ist meines Erachtens soweit in Ordnung. Zu streichen wäre darin nur Absatz 5 Satz 2. Es muss auch möglich sein Vorsteuern vom Föderationszentralamt für Steuern erstattet zu bekommen wenn diese die einhaltene und abzuführende Umsatzsteuer in einem Veranlagungszeitraum überschreiten. Gerade bei Neugründern und Start-Ups tritt dieser Umstand immer wieder ein, wenn sie

größere Summen in ihr Unternehmen investieren ohne gleichzeitig sofort die entsprechenden Umsätze zu erzielen.

§ 9 - Vermögenssteuer muss meiner festen Überzeugung nach vollständig entfallen. Die vorgeschlagene Vermögenssteuer ist ungerecht und aus verfassungsrechtlicher Sicht unter Gleichheitsaspekten höchst problematisch. Nach dem Gesetzentwurf sollen ja nur Geldvermögen, welche bei Kreditinstituten liegen besteuert werden. Was ist mit Sachvermögen oder Bargeldbeständen? Sie können sich sicher sein, dass alle zur Vermögenssteuer heranzuziehenden Bürger jeweils vor dem Veranlagungszeitpunkt sämtliche Guthaben bei Kreditinstituten abheben oder in Sachwerte wie z.B. Gold oder Immobilien wandeln und damit der Vermögenssteuerpflicht entziehen. Lassen Sie es besser sein und streichen Sie diese Steuer aus dem Gesetzentwurf.